



Kiel, 15. Juni 2017
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 3. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**
am Mittwoch, dem 14. Juni 2017, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. **Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsbeschwerde gegen § 180 a des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für Schleswig-Holstein und gegen § 15 Absatz 5 Satz 4 Telemediengesetz**
Schreiben des Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 26. April 2017 - Az. 1 BvR 1732/14
[Umdruck 18/7615](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, den Präsidenten zu bitten, gegebenenfalls gemeinsam mit der Landesregierung

- eine Stellungnahme mit der Tendenz, die Klage abzulehnen, abzugeben und
- eine Verfahrensbevollmächtigte oder einen Verfahrensbevollmächtigten zu beauftragen.

2. **Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht des Abg. Dr. Breyer (Piratenfraktion) wegen Organstreitverfahren aufgrund des Wortentzugs in der 140. Sitzung des Landtages**
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 23. März 2017 - Az. LVerfG 4/17
[Umdruck 18/7614](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, dem Verfahren nicht beizutreten und keine Stellungnahme abzugeben.

3. **Stellungnahme in dem Organstreitverfahren vor dem Landesverfassungsgericht des CDU-Landesverbands Schleswig-Holstein gegen den Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten wegen regierungamtlicher Wahlwerbung**
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 7. April 2017 - Az. LVerfG 5/17
[Umdruck 18/7608](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig bei Enthaltung der AfD, dem Landtag zu empfehlen, dem Verfahren nicht beizutreten und keine Stellungnahme abzugeben.

4. Stellungnahme in dem Organstreitverfahren vor dem Landesverfassungsgericht des CDU-Landesverbands Schleswig-Holstein gegen die Ministerin für Schule und Berufsbildung wegen regierungsaamtlicher Wahlwerbung

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 7. April 2017 - Az. LVerfG 6/17

[Umdruck 18/7609](#)

Der Ausschuss beschloss bei Enthaltung der AfD einstimmig, dem Landtag zu empfehlen, dem Verfahren nicht beizutreten und keine Stellungnahme abzugeben.

5. Sitzungstermine 2017

[Umdruck 19/1](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig die Sitzungstermine bis Ende 2017, [Umdruck 19/4](#).

6. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Schluss: 14:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder